Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 497. Sonnabend, 11. Oktober 1919. Morgen-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Deutschland und die Arbeiterkonferenz.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 10. Oktober.

Im Zusammenhange mit der Frage der deutschen Vertretung auf der Arbeiterkonferenz in Washington meldet der holländische Gewerkschaftsverband, daß im Haag zwischen den Herren Oudegeest und Fimen als Sekretären des internationalen Gewerkschaftsverbandes und der Vertretung der deutschen Regierung Verhandlungen über die Frage der deutschen Vertretung stattgefunden haben. Bei diesen Besprechungen hat sich herausgestellt, daß bezüglich der Möglichkeit einer deutschen Teilnahme an der Konferenz noch verschiedene Mißverständnisse bestehen, welche durch die Vertretung des internationalen Bureaus aufgeklärt werden könnten. Oudegeest und Fimen haben in ihrer Eigenschaft als Sekretäre des internationalen Bureaus erklärt, für den Fall, daß Deutschland und Oesterreich sich für die Teilnahme an der Konferenz entschlössen, würden die Arbeitervertreter aller Länder auf der Konferenz fordern, daß als erster Punkt der Besprechung die Frage der Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten, und zwar als Mitglieder mit vollen Rechten, auf das Programm gesetzt werde. Sollte diese Frage mit Nein beantwortet worden, was bei den ausdrücklichen Erklärungen, welche dem internationalen Bureau in dieser Hinsicht von den alliierten Regierungen gemacht worden seien, unwahrscheinlich sei, dann würden die Vertreter von sämtlichen, dem internationalen Verbande angeschlossenen Ländern sich sofort von der Konferenz zurückziehen und eine Internationale Gewerkschaftskonferenz im Gegensatze zu der Internationalen Arbeiterkonferenz abhalten.

Der niederländische Gewerkschaftsverband teilt noch mit, daß das deutsche Regierungsmitglied erklärt habe, auf Grund dieser Mitteilungen bei der deutschen Regierung mit allem Nachdruck für eine Teilnahme an dieser Konferenz einzutreten.

Die Teilnahme am Völkerbund.

Eigene Drahtmeldung.

R. Basel, 10. Oktober.

Da nach der Ratifikation des Friedensvertrages durch England, Frankreich und neuerdings durch Italien mittels königlichen Dekrets die im Vertrag festgesetzte Frist von zwei Monaten für die Beitrittserklärung zum Völkerbund zu laufen beginnt, wird die Frage der Einberufung einer außerordentlichen Session der Bundesversammlung für den November bald entschieden werden müssen. Der Bundesrat wird sich mit der Angelegenheit am nächsten Dienstag befassen.

Wie man hört, ist neuerdings auch die Frage aufgeworfen worden, ob nicht für den alten Nationalrat der neugewählte Nationalrat bereits im November zur Beratung der Völkerbundsfrage zusammentreten könnte. Diese Angelegenheit wird, wie die „Neue Züricher Zeitung" erklärt, nach Aufassung des Bundesrates durch die Frage, ob die italienische Ratifikation als rechtsgültig zu betrachten sei, nicht berührt. Der Bundesrat hat lediglich davon Kenntnis zu nehmen, ohne die Ratifikation durch die Gesetzgebung ihm übermittelt ist.

Die Stimmung der Masuren.

Das Unrecht gegen Soldau.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Osterode (Ostpreußen), 10. Oktober.

In der mir gewährten Unterredung erklärte Regierungspräsident v. Oppen noch:

Ganz besonders stellen die Masuren ein Element dar, das befestigt ist vom Willen, nicht vom deutschen Vaterlande zu lassen. Durch häufige Besuche in den masurischen Grenzbezirken habe ich die denkbar besten Eindrücke von der Stimmung jener durch den Krieg so schwer geprüften Bevölkerung gewonnen. Die Einwohner dieser Gebiete können auch nicht blind sein gegen die Wohltaten des preußischen Staates. Allein im Regierungsbezirk Allenstein waren bisher 425 Millionen für Kriegsvorentschädigungen ausgewandt. In den letzten Wochen ist es gelungen, für den Wiederaufbau der durch den Krieg zurückgegangenen Rindvieh- und Schweinezucht erhebliche öffentliche Mittel bereitzustellen. Zu solchen Leistungen wäre der polnische Staat völlig außerstande. Der Großgrundbesitz ist ganz deutsch und so fest verwachsen mit Preußen-Deutschland, daß er in jedem Fall treu zu Deutschland steht. Auch der Kleinbesitzer weiß, daß Deutschland sein Heimatland ist und was er diesem verdankt. Die Beamtenschaft steht ist recht auf rein deutschem Boden. Was besonders die Unterbeamten von Polen zu erwarten haben, geht aus dem von ihnen bereits eingeführten System hervor, deutsche Beamte dann, wenn sie durch polnische ersetzt sind, zu entlassen. Daher ist die Stimmung in den Beamtenkreisen einheitlich national.

Eine Ungerechtigkeit, die in Deutschland viel zu wenig Beachtung findet, die aber einen der brutalsten Vergewaltigungsakte des Versailler Friedens darstellt, ist die abstimmungslose Abtretung des Gebiets um Soldau. Die Stadt Soldau mit ihren 7500 Einwohnern ist fast rein deutsch. Eine polnische Statistik gibt den Prozentsatz der polnischen Bevölkerung mit 20 Prozent an; in Wirklichkeit sind es noch viel weniger. Dennoch wird dieses Gebiet ohne weiteres zu Polen geschlagen, trotz verzweifelter Proteste seiner Bevölkerung, deshalb, weil die Warschau-Danziger Bahn über Mlawa, Soldau, Deutsch-Eylau nur durch polnisches Gebiet führen soll. Das Selbstbestimmungsrecht vieler tausend Einwohner wird also wegen für Polen wichtiger wirtschaftlicher Interessen glatt übergangen. In der Soldauer Stadtverordnetenversammlung sitzt kein einziger Pole, die Landbevölkerung der Soldauer Abtretungsgebiete sind mindestens zu Dreivierteln deutsch. Von einer maßgebenden polnischen Persönlichkeit des Abtretungsgebietes ist mir ausdrücklich bestätigt worden, daß eine Volksabstimmung im Soldauer Gebiet unzweifelhaft zugunsten Deutschlands ausfallen würde. Wenn man überhaupt noch ausgeht von Wilsons 14 Punkten, dann muß unbedingt das Abtretungsgebiet Soldau in das allgemeine Abstimmungsgebiet eingeschlossen werden.

Andauernde Kämpfe nordöstlich Mitaus.

Keine Beteiligung deutscher Truppen.

Havas-Meldung.

Mitau, 10. Oktober.

Die Kämpfe der lettländischen und russischen Truppen zwischen Mitau und Riga dauern an. Es sind keine der deutschen Reichsregierung unterstehenden Truppen dabei beteiligt.

Königsberg, 1. Ok., 10. Oktober. Der russische Oberst Bürgeritis, Kommandeur des zweiten lettischen Freiwilligen-Korps, hat durch Maueranschlag in Schaulen die von keinen Truppen besetzten Gebiete Litauens als russisches Gebiet erklärt. Die litauischen Truppen in Schaulen wurden durch Russen entwaffnet, nachdem der litauische Kommandant und der Bürgermeister am Tage zuvor Schaulen verlassen hatten.

Deutsche Truppen des noch in Schaulen stehenden Freikorps von Dietrich sind an obigem Verfall unbeteiligt.

Die russische Armee vor Riga.

Mitau, 8. Oktober. (Amtlicher Bericht der russischen Westarmee.) Infolge Ueberschreitens der Demarkationslinie durch lettische Truppen und verschiedener Ueberfälle auf meine Abteilungen gab ich Befehl zum Gegenangriff, der sich gegenwärtig erfolgreich entwickelt. Meine Truppen befinden sich nach erfolgreichem Vorrücken in der Linie Edingburg—Thüringhofen—Plaßnaf und stehen noch etwa 6 Kilometer von den Toren Rigas entfernt. Am frühen Morgen des 8. Oktober wurden die russischen Vorposten bei Olai angegriffen und zurückgedrängt. Gleichzeitig gingen Meldungen über bauernde estnische Truppenausladungen in und um Riga ein. In teilweise schwerem Kampf und durch versumpfte Gelände überall behindert, gingen die Truppen vor und warfen den zähe sich wehrenden Gegner bis zur Linie Plaßnaf an der Düna—Ostende des Babitsees zurück.

Die Spannung zwischen Rumänen und Jugoslawen

P. Wien, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Steinamanger wird gemeldet: Die Rumänen verladen schleunigst ihre sämtliche Artillerie in Budapest. Vom Urlaub nach Budapest einrückende rumänische Militärpersonen werden in Arad auf Befehl des rumänischen Oberkommandos zurückgehalten. Die Spannung zwischen Rumänen und Jugoslawen hat ihren Höhepunkt erreicht. Besondere Ereignisse sind in allernächster Zeit zu erwarten. Das Werk der Entente, die Balkanisierung Mitteleuropas, ist auf dem besten Wege.

Aus Budapest kommt die Meldung, daß die Vereinigung der liberalen Gruppen in Ungarn nun endlich gelungen ist.

Die französische Prämienanleihe.

Versailles, 10. Oktober. Die Budgetkommission der französischen Kammer genehmigte gestern einstimmig den Antrag Andrés Lefèvre auf Auflegung einer Prämienanleihe, über die verschiedene Pläne vorlagen, die den Umfang dieser Anleihe auf 20 bis 60 Milliarden Franc beziffern.

Freilassung der Zivilinternierten aus Frankreich.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Laut Nachricht des französischen Ministeriums des Aeußern an das politische Departement in Bern ist die Freilassung der deutschen Zivilinternierten in Frankreich beschlossen. Der Heimtransport beginnt in einigen Tagen.

Die Gesamtzahl der Heimkehrer, die bis zum 9. Oktober in den Durchgangslagern eingetroffen sind, beläuft sich auf rund 270 000 Mann. Alle Kriegsgefangenen, die sich auf französischem Boden in amerikanischer Hand befanden, sind jetzt zurück. Ferner befinden sich unter den Heimgekehrten und 8000 Mann, die in belgischer Kriegsgefangenschaft waren.

Bildung eines nationalen Blocks in Frankreich.

R. Basel, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Mitteilungen der französischen Presse ist in den letzten Tagen unter der Patronschaft Clemenceaus ein nationaler Block ins Leben gerufen worden, der alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Royalisten umfaßt; auf der anderen Seite stehen diesem Block die Sozialisten und die Radikalen gegenüber.

*

Versailles, 10. Oktober. In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer erklärte der Minister des Innern Pams, daß Ministerpräsident Clemenceau bereit sei, die Debatte über die allgemeine Politik, welche die Interpellation Rubriot verlange, anzunehmen.

Ein Reichsausschuß für gesundheitliche Volksaufklärung.

S. Dresden, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern ist hier die Gründung eines Reichsausschusses für hygienische Volksaufklärung mit dem Sitz in Dresden beschlossen worden. Das neue Unternehmen soll der Internationalen Hygiene-Ausstellung, der Gründung Lingners, angeschlossen werden und nach den Aeußerungen des Vertreters der Reichsregierung, Geh. Regierungsrat Dr. Hamel, der an der Gründungssitzung teilnahm, ein arbeitsfreudiges Geschlecht schaffen helfen. Dem vorbereitenden Ausschuß gehören u. a. an: Präsident Rädtzorf, Geheimrat Ludhoff, Museumsdirektor Dr. Woithe und Dr. Hamel.

Die Wirkung der Abgabe von Zuchtvieh.

S. Haag, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) „Manchester Guardian" weist in einem Leitartikel auf die entsetzlichen Bestimmungen des Friedensvertrages hin, auf Grund deren die Wiedergutmachung an Frankreich abgegeben werden müssen und sagt, daß diese Bestimmungen nur durch Preisgabe des Lebens von unschuldigen Kindern erfüllt werden können. Die Auslieferung des Viehs würde den Tod von 600 000 kleinen Kindern veranlassen. „Manchester Guardian" schlägt vor, in Australien und Amerika für Belgien und Frankreich das Vieh auf deutsche Rechnung zu kaufen. Die Wiederherstellungskommission werde in den nächsten Tagen eine dahingehende Denkschrift erhalten.

Die religiöse Eidesform.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung hat an den Justizminister die Kleine Anfrage gerichtet, ob es ihm bekannt ist, daß trotz der Vorschrift in Artikel 177 der neuen Reichsverfassung noch gegenwärtig Zeugen vor Gericht gezwungen werden, die Eidesleistung mit religiöser Eidesform vorzunehmen, auch wenn sie ausdrücklich um den Gebrauch der Eidesform nachsuchen.

Wenn Gerichte die Zeugen oder sonstigen Schwurpflichtigen zwingen wollten, entgegen ihrem Verlangen den Eid „der Gott dem Allmächtigen und Allwissenden" oder „so wahr mir Gott helfe" zu leisten, so würde dies in der Tat wohl nicht mit dem Wortlaut so doch mit dem Sinne des Artikels 177 der neuen Reichsverfassung in Widerspruch stehen. Diese Vorschrift bestimmt, daß die Eidesleistung rechtsverbindlich auch in der Weise erfolgen kann, daß der Schwörende unter Weglassung der religiösen Eidesformel erklärt: „Ich schwöre." Hiernach ist eigentlich nur bekannt, daß die Eidesleistung nicht deshalb unwirksam ist, weil der Schwörende einen Eid nicht unter Berufung auf „Gott den Allmächtigen und Allwissenden" ablegt. Gewiß ist aber offenbar, daß der Schwörende ein Recht darauf haben soll, den Eid ohne diese Anrufung zu leisten. Die Fassung des Artikels 177 ist nicht eine glückliche.

Es besteht übrigens seit der Zivilprozeßnovelle von 1910 eine sehr merkwürdige und gelegentlich der im Anschluß nehmen Strafprozeßnovelle zu beseitigende Unrichtigkeit in der Eidesleistung im Strafverfahren und in Zivilprozessen. In den letzteren spricht der Richter den Schwurpflichtigen den Eid einheitlich vor, und der Schwörende spricht nur die Worte: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe." Im Strafverfahren dagegen spricht der schwörende Zeuge oder Sachverständige dem Richter die Eidesformel Wort für Wort nach. Sie beginnt mit den Worten: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden."

Sonach wird die Anfrage der Abgeordneten Adolf Hoffmann und Genossen vermutlich im Sinne der Antragsteller beantwortet werden. Wie aus zuverlässiger und in der Gerichtspraxis gut eingeben dem Inhalt in die Frage, ob auch Artikel 136 Absatz 3 der Reichsverfassung die in den Prozeßordnungen vorgesehene Frage nach der Religionszugehörigkeit eines Schwurpflichtigen fortan zu unterbleiben hat. Die gedachte Verfassungsvorschrift lautet: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert." Der Zweifel der Gerichte, ob dieser Vorschrift gemäß die Frage nach der Religion des Schwurpflichtigen zu unterbleiben hat, führt auf die auch erfahrungsmäßig zu unterbleiben hat, führt auf die auch erfahrungsmäßig unverzügliche Beantwortung der Frage durch die Nationalversammlung, während erörterte Frage zurück welche der Vorschriften des 2. Hauptteils der Verfassung („Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen") nun programmatische Bedeutung haben und Richtlinien für die Zukunft aufstellen, und welche dieser Artikel sofort in Kraft tretendes Recht sein sollen. Bei der erwähnten Verfassungsbestimmung scheint das letztere beabsichtigt zu sein. Wenigstens hat der Sprecher der Deutschnationalen, auf deren Anregung Artikel 177 in die Verfassung aufgenommen worden ist, die Einfügung damit begründet daß Zweifel entstanden seien, ob die Bestimmung des Artikels 137 Absatz 3 sofort Anwendung zu finden habe, und daß zur Behebung dieser Zweifel eine ausdrückliche Uebergangsvorschrift erwünscht sei. Die Nationalversammlung hat sich dann ohne Debatte diesen Ausführungen des Abgeordneten Dr. Dietinger in der 63. Sitzung vom 22. Juli 1919 angeschlossen. Die Gerichte werden also sofort die Frage nach dem Religionsbekenntnis eines Zeugen, Sachverständigen oder Eidespflichtigen zu unterlassen haben.

E. H.

Bewegung der Metallarbeiter im Reich.

Eigene Drahtmeldung.

S. Dresden, 10. Oktober.

Nachdem die Gefahr eines Metallarbeiterstreiks in Groß Dresden beschworen ist, droht nun ein solcher Streik, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in Chemnitz. Dort war der Tarifvertrag gekündigt worden und die Firma Reinecker hatte einen neuen Tarif vorgelegt, der teilweise Verschlechterungen bis zu 25% bringt. Von Regierungsseite ist noch keine Einmischung in die Angelegenheit erfolgt, da man zunächst die beiden betreffenden Organisationen verhandeln lassen will und alle Möglichkeiten, zu einer Verständigung zu kommen, erschöpfen lassen will. Der Metallarbeiterstreik würde für Chemnitz eine große Gefahr bedeuten, da schon der größte Industriezweig in Chemnitz, die Textilindustrie große Einschränkungen vornehmen mußte und deshalb viele Arbeitslose in Chemnitz sind.

Lohnbewegung in der Frankfurter Metallindustrie.

Frankfurt a. M., 10. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Gewerkschaftskartells machte der Vertreter des Metallarbeiterverbandes Mitteilung, daß die Metallarbeiter in eine Lohnbewegung getreten seien. Er tat um die kreelle und gegebenenfalls auch um materielle Unterstützung der Arbeiterschaft.

Wo steht der Feind?

Von

Oberst B. Schwertfeger.

4½ Jahre hindurch hat Deutschland übermächtigen Feinden standhalten vermocht. Hauptsächlich gestützt auf unsere eigene Kraft haben wir es durchsetzen gewußt, daß wenigstens der Boden der Heimat vor den Schrecken des Krieges bewahrt geblieben ist. Wir erlangen schließlich der Ueberzahl unserer Feinde erhalten den Abschluß eines Waffenstillstandes und erhofften somit die Bahn zu dem Gewaltfrieden der uns von Feinden aufgezwungen worden ist, die aus der Geschichte nichts gelernt haben und nichts lernen wollen.

Aber auch wir Deutschen erbringen gerade gegenwärtig wieder einmal den Beweis, daß wir aus unserer eigenen Geschichte nichts gelernt haben. Kaum ist das Chaos, das sich aus dem Wirrsal der Kriegsjahre und der darauffolgenden Revolution ergab einigermaßen geordnet, kaum beginnt noch zaghaftem und zagendem die Hoffnung wieder sich zu regen, daß es aus dem entsetzlichen Zusammenbruche dennoch einen Ausweg geben könne, da verfallen wir bereits wieder in den schlimmsten Fehler deutscher Eigen- und Unart und durch selbstzerfleischende Kämpfe im Innern gänzlich von dem ablenken zu lassen, was einzig notut. Der Feind darf weder rechts noch links stehen: er befindet sich dort, wo man kurzsichtig genug ist, ein ganzes Maß von reicher und hoher Kultur in Frondienst zwingen zu wollen. Alle Kräfte des deutschen Volkes sind bereits dem einzigen Zwecke, uns aus der unerträglichen Lage durch den Verlust des Krieges uns mehr noch durch den Inhalt des uns auferlegten Friedens gefolgtenen Lage wieder zu lebensfähigen Zustände emporzuarbeiten. Alles was dem Willen zu solch edlem jede Kraft, die mir zu anderen Zwecken verbrauchen, wo ihr dem Dienst am Vaterlande — und niemals in jener Geschichte hat Deutschland in höherem Maße jedes Armes und jedes Kopfes bedurft — leichtsinnig verloren.

In diesem Sinne ist der nicht zur Ruhe kommende Streit um die Verantwortlichkeiten nicht die geschichtliche Erscheinung unserer Zeit. Niemand ist mehr gewillt, Verbrechen des anderen anzuklagen; nur zu viele aber sind bestrebt, in allem, was geschehen ist und noch geschieht, nur das Schlechte zu sehen. So kommen wir auf dem notwendigen Wege zur inneren Genesung unseres Volkes nicht einen Schritt weiter. Die immer mehr anschwellende Streitschriftenliteratur führt leider Männer, die sich früher nahegestanden haben, in feindliche Lager und hält immer jede Spur des Gedankens vermißt, daß doch die meisten angegriffenen Persönlichkeiten ihr Bestes für das Vaterland zu geben ernsthaft bemüht gewesen sind. Dieser Grundgedanke sollte verbindend und entpannend wirken, während leider jetzt gerade verdunkelnd und zerreißend wirkt. Man kann es urchaus begreifen, wenn gewiß empfindende Deutsche sich jetzt mit Widerwillen von der Beschäftigung mit politischen Dingen zurückziehen. Aber auch diese Abkehr gerade von den Dingen, die Deutschlands Zukunft auf lange Zeit hinaus bestimmen, ist nicht das, was Deutschland in seiner jetzigen Lage braucht. Niemand, der für sein Vaterland wirken könnte, darf sich jetzt mit fatalistischer Ergebung in das Unvermeidliche fügen und dadurch gerade jenen Kräften die Bahn freimachen die nicht gewillt sind, für den Wiederaufbau selbst zu arbeiten.

Wo steht also der Feind? Sollten wir nicht dazu gelangen können, den inneren Feind, der in unserer deutschen Sinnesart und Gesamtentwicklung zugleich den Keim unserer tiefsten nationalen Schwäche wie auch unserer größten geistigen Erfolge darstellt, so weit in uns selbst zu überwinden, daß wir uns zu gemeinsamer Abwehr nach außen zu zusammenfinden? Jenseits der Landesgrenzen herrschen immer noch Wirbel und Gärungen die einem dauernden Weltfrieden nur bei völliger Verarmung Deutschlands für möglich erscheinen, und es ist wirklich anzunehmen, daß deutsche Arbeit nun nichts mehr zu tun sei, nachdem man uns in Versailles, als wir wehrlos und waffenlos waren, den Unterwerfungsvertrag zu unterzeichnen einem Schuldbekenntnis aufgezwungen hat. Die Bestimmungen des Friedens zu diskutieren, ist vergebliche, in fast allen Kriegen der Vergangenheit bestätigte Arbeit. Ein ganzes Volk aber zu einem unwahren Schuldbekenntnis zu zwingen, ist in der Geschichte aller Zeiten unerhört.

Hier liegt unser Ziel. Nicht mit Waffengewalt können und wollen wir den Kampf gegen die Entente fortsetzen, vermögen aber auch noch nicht zur friedlichen Mitarbeit in der Gemeinschaft der Völker als gleichberechtigte Nation zu gelangen. Uns bleibt daher nur der geistige Kampf gegen das Schuldbekenntnis, zu dessen Unterzeichnung deutsche Männer gezwungen worden, das Bekenntnis, das deutsche Volk trage in seiner Gesamtheit die Hauptschuld am Ausbruche des Weltkrieges. Auf diesem Wege darf es kein Eintreten geben, bis endlich die falsche Grundlage der Verwirklichungsbedingungen des Friedensvertrages von aller Welt als solche erkannt ist. Bis dahin aber ist der Weg noch weit. Nur vereinzelt werden bis jetzt Stimmen hörbar, die auf ein erwachendes Bewußtsein im feindlichen Lager schließen lassen.

Im wir den gilt es, uns endlich wiederzufinden, die Geschäftigkeit des inneren Kampfes abzubauen und das Gefühl wieder in den Vordergrund zu rücken, daß wir alle Söhne desselben Vaterlandes sind, desselben deutschen Landes, das wir lieben und dem jeder Gedanke dienen sollte, langes Atem in uns ist.

Kaiser Wilhelm und Haldane.

Die Besprechungen über die Bagdadbahn.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 10. Oktober.

Laut „Telegraaf" beginnt die „Westminster Gazette" mit der Veröffentlichung der Ankündigungen von Lord Haldane, die sich auf den Zeitraum von 1906 bis 1914 erstrecken. Darin berichtet Haldane über eine Unterredung, die er im Jahre 1907 auf dem Schlosse Windsor in seiner Eigenschaft als Kriegsminister mit dem Deutschen Kaiser über die Bagdadbahn gepflogen hatte. Der Kaiser fragte, was England als Grundlage für ein Zusammenarbeiten mit Deutschland wünsche. Haldane erklärte, England wünsche einen Hafen, um Indien gegen die Truppen zu schützen, die womöglich mit der neuen Bahn herangeführt werden könnten. „Ich werde Ihnen diesen